

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontos:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11508

Es geht unaufhaltsam vorwärts!

Ich niemals waren die Aussichten für große, praktische
e unserer Agitationsstätigkeit so ausgezeichnet wie in
Wochen und kommenden Monaten.

Ich einem für unsern Beruf sehr milden Winter stehen wir jetzt
er sehr günstigen Konjunktur. Nicht lange mehr und es werden
ehandenen Arbeitskräfte beschäftigt und andere aus Betrieben
Gewerbe und Industrien, wohin sie in den letzten Jahren ab-
ert waren, zu uns gekommen sein. Aber auch Angelernte und Un-
werden — wenn sich unsere Hoffnungen auf die gute Konjunktur
— in großer Zahl eingestellt werden.

Die diese in unserm Berufe beschäftigten Arbeiter müssen sofort
in unserm Verband erfasst werden. Wer unorganisiert ist,
fort aufgenommen, wer bisher einem andern Verbands-
erte, muß zum Uebertritt veranlaßt werden. Nur so können
heißumstrittenen Tarifbedingungen hochhalten und weitere Fort-
für die gesamte Kollegenschaft sichern.

In im Malergewerbe beschäftigter Gehilfen, vom Kunst-
ler bis zum ungelerten Hilfsarbeiter, darf außerhalb
S Verbandes stehen!

Wie wie im Maler-, Tüncher- und Weißbindergerwerbe, so in den
rie- und den Lackiererebetrieben, wo Maler, Lackierer und
der der verschiedensten Branchen und Art beschäftigt werden. Auch
Kollegen gehören in unsern Verband. Die Vorgänge der letzten Jahre
technische Entwicklung, die gerade das Lackierergewerbe jetzt erlebt,
daß nur durch genaueste Beobachtung der Eigenart des Lackierer-
Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können, die den berechtigten
rungen der beteiligten Kollegen entsprechen. Die bevorstehende
erkonferenz wird darüber wichtige Beschlüsse fassen.

Der Wert unserer Organisation, die von ihr erzielten Erfolge
e große Bedeutung der demnächst zu lösenden Aufgaben
so offen zutage, daß sich kein auch nur einigermaßen
higer der Einsicht in die Notwendigkeit seiner Zugehörigkeit
ehen kann. Und so vergeht denn auch kein Tag, an dem uns aus
chiedensten Filialen nicht Neuaufnahmen und Uebertritte in größerer
meldet werden. Selbst wurden in den letzten Wochen schon so viele
vollzogen, wie das ganze vorige Jahr hindurch. Eingegangene
ahlstellen leben neu auf, und die Auflage unseres Verbandsorgans
Maler" ist bereits wieder ganz erheblich gestiegen. Auch der
unseres Fachblattes für die Lackierer und unseres Jugendorgans
Malerlehrling" steigt unausgesetzt.

Es sind erfreuliche Zeichen von dem in Gang gekommenen
stieg unseres Verbandes.

Die Genugtuung und starkes Vertrauen hat es überall ausgelöst,
vom 1. Dezember an bereits wieder die Arbeitslosenunter-
auszahlen konnten und daß wir bestimmt im Laufe dieses Jahres
Krankenunterstützung werden einführen können. Das alles, trotz
gleichzeitig die Streikunterstützung und die Unterstützungen beim
II von Mitgliedern, deren Ehefrauen oder Kindern erhöhten.

Ich das letzte zentrale Lohnabkommen hat eine gewisse
gung geschaffen. Damit sind wir mit den Löhnen unserer
n mit an die Spitze aller Baugewerbe gerückt, während wir
Vorkriegszeit und bis in die letzten Zeiten hinein zum

Schaden unseres Berufes an letzter Stelle standen. Sind damit auch
nicht all unsere Wünsche erfüllt und müssen wir ein wachsaues Auge
haben, damit nicht neue Steuererscheinungen, die von der jetzigen
Rechtsregierung geplanten Steuerlasten und andere neue Ausgaben unsere
Verdienste schmälern, unser Verband hat gezeigt, daß er die Interessen
der Kollegen sachkundig und energisch zu wahren versteht und tatsächliche
Erfolge zu erzielen vermag.

Ohne Verband keine Lohnverbesserung, wohl aber Lohnabzüge
bei ungünstiger Geschäftslage, Verlängerung der Arbeitszeit, Ver-
schlechterung der Tarifbestimmungen, Stillstand der Sozialreform,
mangelhafter Gesundheits- und Unfallschutz.

Darum, Kollegen allerorts und aller Branchen, schließt
Euch Eurer Organisation, dem Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher, Tüncher und Weißbinder an.

Aber auch die finanzielle Rüstung des Verbandes ist schon wieder
erheblich kräftiger, als es nach den verheerenden Wirkungen der Inflation
erwartet werden konnte. Zwar muß noch viel geschehen, um auf diesem
Gebiete wieder zum Friedensstand zu kommen; aber auch hier beweist die
Kollegenschaft steigende Einsicht. Diese wächst jetzt deutlich merkbar, nachdem
wir die Arbeitslosenunterstützung wieder einführt und sich durch das letzte
Lohnabkommen die moralische Kraft des Verbandes deutlich manifestierte.

So wurden die Beiträge in den letzten Wochen, fast ausnahmslos den
eingetretenen Lohnverbesserungen folgend, von den Filialen in der dem Statut
entsprechenden Höhe festgesetzt. Auch die eingenommenen Gelder fließen
wieder besser.

Hält diese Entwicklung an, steigt unsere Mitgliederzahl und
leisten die Mitglieder ihre Beiträge stets pünktlich und in ge-
nügender Höhe, so können wir den kommenden Anforderungen
auch in finanzieller Beziehung wieder in vollem Maße gerecht
werden. Dann steigen die Leistungen in gleicher Weise, und ein weiterer
Antrieb zu weiteren agitatorischen und organisatorischen Erfolgen ist gegeben.

Jeder Kollege muß ein Agitator für seinen Verband werden!
Denn der Verband ist er selbst, und was er diesem nützt, gereicht
auch ihm unmittelbar zum Nutzen: nicht nur ideell, sondern
auch materiell.

Höhere Löhne, Achtstundenarbeitsstag, Gesundheits- und Unfall-
schutz, genügende Hilfe bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität,
bei Rechtsstreitigkeiten mit Unternehmern und Behörden, aber auch
im öffentlichen Leben bei der Vertretung staatsbürgerlicher Rechte
sind der Preis für die ständige Mitgliedschaft zu einer gewerk-
schaftlichen Organisation.

Unser am 1. April neuerscheinendes „Fachblatt der Maler“ wird
ein weiteres Zeichen der erhöhten Kraft unseres Verbandes sein, und auch
unsere Lehrlings- und Lackiererzeitschrift werden wesentlich erweitert
werden. Wir werden der Aufklärung und Schulung der Kollegenschaft
erhöhte Pflege angedeihen lassen und allen Anregungen aus unseren
Kollegentreifen auf intensivste Interessensvertretung weitestgehende Brück-
sichtigung schenken.

Niemals war die Zeit so günstig und der Wert des
gewerkschaftlichen Zusammenschlusses so handgreiflich wie
im gegenwärtigen Moment.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns! Kollegen! Agitiert
und organisiert! Alle Mann hinein in den Verband!

Reichspräsidentenwahl, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Der erste Reichspräsident, Friedrich Ebert, ein treuer Sohn seines Volkes, der aus der übersprudelnden Kraft der Gewerkschaftsbewegung seine erste Anregung empfangen und dauernd mit ihr im engsten Zusammenhange blieb, ruht in fähiger Erde. Kaum hat der Tod diesem selbstlichen und überragenden Mann das Ruder aus der Hand genommen, geht das Gewerbe um seine Nachfolgerschaft los. Einigen Gruppen, Parteien und Wirtschaftsverbände kapitalistischer Couleur sind mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, einen der Ihrigen auf den Präsidentenstuhl des Deutschen Reiches zu bringen. Alle Register der Propagandakunst, von der schmutzigsten Verleumdung bis zur wissenschaftlich verbrämten Darstellungsmethode werden wieder gezogen, um die breite Masse des Volkes davon zu überzeugen, daß sie sich von den Ueberbleibseln der Revolutionsperiode endgültig frei zu machen haben. Die edle Buchdruckerkunst wird wieder mißbraucht, das Volk ersticht in einer Flut von Verheerung und -

Demgegenüber gilt es, mit ruhiger Ueberlegung festzustellen, was bei dieser Wahl für die Wirtschaft, für die Gewerkschaftsbewegung und damit für die Arbeiterklasse auf dem Spiele steht. Die Frage, Monarchie oder Republik wird in diesem Wahlkampf vollständig ausgedehnt. Nicht als ob die Monarchisten ihre Ideale untrennbar werden, sondern aus der einfachen Ueberzeugung, daß man dabei mehr verderben als gut machen könne. Die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“, ein ausgebrochenes Organ der Schwerindustrie trifft wohl das Richtige wenn sie in der Nummer 57 vom 8. März 1925 schreibt: „Es ist ja eine Zerfährung größter Art wenn von der Linken immer gerufen wird: Die Republik ist in Gefahr! Die Republik, die Monarchie! Nein, es geht in Wirklichkeit um ganz etwas anderes. Es geht darum, den Staat mit neuem Geist zu erfüllen und den Novembergeist zum Teufel zu jagen. Ob Monarchie oder Republik ist demgegenüber ja so nebensächlich...“ Die deutsche Bourgeoisie hat sich in wesentlichen Teilen längst mit der Republik ausgeöhnt. Hat sie doch die Erfahrung machen können, daß es ihr in der Republik glänzender geht, ja daß sie selbst unter der Herrschaft des freiesten Wahlrechts zur politischen Herrschaft kommen konnte. Durch Weisheitschreibung einerseits und der Monarchie mächtigen Junker- und Adelskastei andererseits hat die Bourgeoisie auf allen Gebieten frei gemacht. Heute herrschen sie als Konzernindustriekaplane, ausgestattet mit dem Arbitrat einer unbegrenzten Wirtschaftsmacht, gegen die selbst die alten Mächte des monarchistischen Zeitalters Kinderpiele waren. Als Zeitungs-könige und Inhaber der Korrespondenzbureaus, die nach den Worten Georg Bernhards zu 85 % in ihren Händen sind, vermögen sie die öffentliche Meinung zu beherrschen, leiten und lenken sie Millionen Gehirne.

Was aber diesen Herren große Sorge bereitet, das ist der von den Gewerkschaften ausgehende Einfluß der Arbeiter Angestellten und Beamten im Wirtschaftsleben. Diesen Einfluß zu brechen oder ihn auf ein Minimum herabzujagen sind sie mit allen Mitteln bestraft. Dazu muß auch der politische Kampf herhalten. Die Gesetzgebung soll von allen Interessen der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten befreit werden. Das ist das Ziel, das die privatkapitalistische Welt zu erreichen bestrebt ist. Die Besetzung des Reichspräsidentenpostens mit einem ihr genehmen Mann ist eine weitere Stufe auf diesem Wege.

Die staatsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten wird meistens so umschrieben, daß sie mehr repräsentativer Natur sei. Dies kann im großen und ganzen als falsch bezeichnet werden. Gewiß ist für die Politik des Landes in erster Linie der von der Volksvertretung gewählte Reichspräsident verantwortlich. Aber man braucht sich nur der letzten Jahre zu entsinnen um feststellen zu können, daß die Zusammenlegung der Regierung vielfach durch die Initiative des Reichspräsidenten stark beeinflusst war. Richtete sich doch der Haß der Rechten in den letzten Monaten in erster Linie gegen den Genossen Ebert, weil er keinen der ihnen zur Kabinettsbildung berief.

Von diesem Einfluß auf die Regierungsbildung und die Maßnahmen der Regierung selbst abgesehen, zeigt die deutsche Verfassung und die praktische Handhabung derselben viele Fälle, wo die letzte Entscheidung beim Reichspräsidenten liegt. Vor allem ist es hier der § 48 der Verfassung auf Grund dessen der Reichspräsident eine geradezu diktatorische Gewalt besitzt, wenn er seine verfassungsmäßigen Rechte rücksichtslos zu gebrauchen gewillt ist. Lassen wir uns hier die Zeit des Ernüchterungsgesetzes in das Gedächtnis zurück, wo der Reichstag sich selbst ausschaltete und die Exekutive vollständig in den Händen der Regierung und zum Ende in der Hand des Reichspräsidenten lag. Was wäre wohl aus den Rechten der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten geworden, wenn hier neben einer kapitalistischen Regierung ein robuster Vertreter des Proletariats das Amt eines Reichspräsidenten inne gehabt hätte? Gerade das Bestehen des § 48 sollte jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten anspornen, mit allen Mitteln dafür zu streben, daß ein Mann aus dem Volke in das Haus des Reichspräsidenten einzöge.

Die deutsche Wirtschaft hat dem verstorbenen Reichspräsidenten unendlich viel zu danken. Dies wird von Vertretern derselben auch unumjährlieh anerkannt. Ein Beispiel von vielen: Das „Magazin der Wirtschaft“, eine neu gegründete Zeitschrift schreibt in ihrer Nummer 4: „Die Erde, die heute auf den Schultern des Reichspräsidenten Friedrich Ebert niedertrifft, bedarf die sterblichen Ueberreste eines Mannes, der, obwohl Politiker, von größerer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft war als irgendeine andere Einzelpersonlichkeit in langer Jahrzehnte.“ Nicht zuletzt ist es dem Genossen Ebert zu danken, daß hierzulande der deutsche Weg des Kommunismus nach russischem Muster nicht eingeschlagen zu werden brauchte, daß das deutsche Volk auf der Grundlage bürgerlicher Freiheiten die Kraft zu entwickeln konnte, sich selbst zu regieren. Wenn das arbeitende Volk hierbei nicht weiter kam, so hätte es sich hier nur einen großen Teil Schuld selbst zuschreiben können. Würde es teilweise die Fäden auf diese gerichtet, die wohl

wie eine Jata Morgana anmuteten, sonst aber weitab von der politischen Realisierung lagen. Dabei wurde der organische Ausbau eigener Nochnmittel vergessen, obwohl sie allein die Grundlage aller Fortschritte bilden. Der große Vorrang, den die Wirtschaft in der Nachkriegszeit auf das Staats- und Gesellschaftsleben zu zeigen vermochte, spiegelte sich auch in den Entscheidungen und Verordnungen des Reichspräsidenten wider. Viel mehr als es der Laie ahnt, war hier eine Entscheidung von höchster Stelle vonnöten. Weiß dies so ist, muß auch der zukünftige Präsident des Deutschen Reiches eine freiheitliche Wirtschaftspolitik, die sich auf die kräftigste Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten stützt zu fördern in der Lage sein. Dessen müssen wir bei der Wahl eingedenk sein.

Für die Gewerkschaftsbewegung, die sich auf eine freie Wirtschaftsgestaltung stützen muß, ist der Ausgang der Reichspräsidentenwahl von allergrößter Bedeutung. Möge deshalb ein jeder, ungeachtet der sich über das Volk ergießenden Schlammschlacht von Schmutz und Verleumdungen für die Wahl des Arbeiterkandidaten Otto Braun eintreten. Durch Faulheit und Untätigkeit ist schon viel verfauldet, nun muß es aber genug sein!

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Das Malergewerbe ist in hohem Maße von den Witterungsverhältnissen abhängig. Wohl war der Winter im ganzen genommen ziemlich milde, und es wäre wohl möglich gewesen, bei den überall dringend notwendigen Renovierungsarbeiten den ganzen Beruf voll zu beschäftigen, wenn die Ausführung derartiger Arbeiten in Wohn- und Geschäftsräumen nicht durch die Wohnungsnot und die dadurch hervorgerufene Ueberfüllung der verfügbaren Wohnungen erschwert und in vielen Fällen geradezu unmöglich gemacht würde. Kommen bei fortschreitender Jahreszeit längere Perioden guter Witterung, dann lassen sich die Unannehmlichkeiten, die nun einmal die Entferrnung einer 10 und mehr Jahre dauernden Verwässerung mit sich bringt, eher ertragen. Werden doch fast allgemein mit Beginnendem Frühjahr alle Wohnungen einer mehr oder weniger gründlichen Generalreinigung unterzogen, bei der die Hausfrauen nur ungern und durch den Mangel an Mitteln gezwungen auf eine vollständige Erneuerung durch den Maler verzichten.

Die beginnende Konjunktur macht sich gegen Ende Februar durch ein merkliches Anziehen auf dem beruflichen Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Berichtskarte wurde von 142 Filialen mit 35 572, davon 231 weiblichen Mitgliedern rechtzeitig eingeleitet. Von diesen wurden 2194 oder 6,2 vom Hundert als arbeitslos ermittelt, während die Relativzahlen für Dezember 11,5 und für Januar gar 12,1 betragen hatten.

Zum Vergleich mit dem Vorjahre sind die Ergebnisse unserer Erhebungen in nachstehender Tabelle zusammengestellt:

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Mit je 100 Mitgliedern ermittelte arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1924	1925	1924	1925	1924	1925	1924	1925
Januar	140	150	43 487	36 404	23 706	4 403	54,5	12,1
Februar	135	142	40 780	35 572	20 641	2 194	50,6	6,2
März	130	—	40 071	—	5 016	—	12,5	—
April	129	—	38 420	—	1 067	—	2,8	—
Mai	131	—	40 562	—	467	—	1,1	—
Juni	133	—	37 778	—	688	—	1,8	—
Juli	135	—	33 389	—	815	—	2,4	—
August	133	—	36 807	—	1 149	—	3,1	—
September	132	—	37 390	—	871	—	2,3	—
Oktober	128	—	37 018	—	1 232	—	3,3	—
November	132	—	36 117	—	2 037	—	5,6	—
Dezember	146	—	38 316	—	4 401	—	11,5	—

Hat der Arbeitsmarkt im allgemeinen angezogen, so ist auch eine Verminderung der sogenannten Kurzarbeit eingetreten. Für Januar zählten wir 448 männliche und 8 weibliche Mitglieder, deren Wochenarbeitszeit um mehr als 8 bis zu 25 Stunden verkürzt war. Deren Zahl ist bis Ende Februar auf 150 männliche Beschäftigte zurückgegangen, so daß auch mit einer Verringerung für die in der Industrie tätigen Kollegen gerechnet werden darf. Es sei hier erwähnt, daß die für das Malergewerbe in den Wintermonaten tariflich festgelegte Winterarbeitszeit nicht in den Begriff der Kurzarbeit einbezogen ist, da es sich hier um eine periodisch wiederkehrende Erscheinung handelt, deren Ursache vorwiegend nur durch die ungünstigen Lichtverhältnisse begründet ist.

Wie die berufliche Lage im Reichsdurchschnitt gegen den Vormonat wesentlich besser geworden ist, so trifft das auch auf die einzelnen Verbandsbezirke zu, wenn die Verhältnisse in diesen auch recht verschieden sind. So ist die Arbeitslosigkeit im 1. Bezirk von 15,3 % im Januar auf 9,8 %, im 2. Bezirk von 10,6 % auf 6,4 %, im 3. Bezirk von 14,5 % auf 6,0 %, im 4. Bezirk von 6,4 % auf 4,0 %, im 5. Bezirk von 12,9 % auf 4,9 %, im 6. Bezirk von 5,4 % auf 2,4 % und im 7. Bezirk von 17,8 % auf 8,8 % zurückgegangen. Im Vergleich zum vorigen Jahre sind die Verhältnisse zwar außerordentlich günstig. Wenn man sich aber die wirtschaftliche Schädigung vor Augen hält, die eine längere und öfter wiederholte Arbeitslosigkeit für die Betroffenen mit sich bringt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß unsere Kollegen unter den Segnungen unserer Wirtschaftsordnung härter leiden müssen als manche andere Berufe, die oft weniger Anforderungen an die geistige, körperliche oder technische Leistungsfähigkeit stellen.

Die Zahl der berichteten Filialen ist gegen den Vormonat wieder etwas zurückgegangen. Nicht berichtet haben: Braunschweig, Danzig, Dehau, Eberfeld, Emden, Gießen, Glogau, Hamm, Konigsberg, Landeshut, Landsberg a. d. W., Lindau, Münster, Raumburg, Remünster, Osnabrück, Pforzheim, Regan, Schweinfurt, Ewinmünde, Tilsit, Weiskammer, Wolfenbüttel und Worms. Die Filialen Kattowiß und Königshütte, die staatsrechtlich zu Polen, aber unserem deutschen Verbände angehören, dürfen zur Vermeidung

außenpolitischer Komplikationen nicht mehr in die hebung einbezogen werden. Es ist dringend ersucht, daß die Berichterstattung vollständig wird. Die Filialen für März sind den Filialen bereits zugestellt.

Lackierer.

Die Lackiererkonferenz

musste wegen der Reichspräsidentenwahl am eine Freitag, den 3., und Sonnabend, 4. April, verschoben werden. Die Namen der Delegierten sowie die Anträge der Delegierten und der Lackierersektionen müssen bis zum 20. gemeldet werden. Sonst bleibt es bei der Besetzung in Nr. 8 des „Maler“.

Der Verbandsvorstand

Jung ist ferngehalten von Delmenhorst (brandstärkersektion) und Wismar (Waggonfabrik) die Kollegen im Streit stehen.

Delmenhorst. Die Rembrandt-Karosse werke haben in ihrem mit der Arbeiterschaft geschlossenen Tarifvertrag die Bestimmung, „daß das Verhältnis zu jeder Zeit ohne Kündigung gelöst werden kann“. Unter Berufung hierauf hat man die Beschäftigten von über 200 Mann jetzt entlassen. Der Grund zeigt aber, daß, wenn zwei dasselbe tun, dieses noch nicht dasselbe ist. In der hiesigen Tagespresse erschienen ganz entstellte Berichte. So wird behauptet, die Lackierer hätten ganz unerfüllbare Forderungen gestellt und deshalb die Verhandlungen gescheitert seien. Die Lackierer unter Tarifbruch in den Streit getreten, gegenüber ist festzustellen: Als unsere in diesem Beschäftigten Kollegen in Erfahrung brachten, daß Haupttarifamt für das Malergewerbe für Delmenhorst Stundenlohn von 1 A. zugestanden war, haben sie Meister gebeten, daß er ihnen die Entlassungspapiere schaffe. Als dieser die Kollegen befragte, warum die Lackierer aufhören wollten, haben sie diesem wohl gemäß mitgeteilt, daß sie in ihrem erlernten Male über 20 % jetzt mehr verdienen könnten. Die Meister weigerte sich zunächst, die Entlassungspapiere herauszugeben und gab den Beschäftigten eine solche Einstellung nicht duldet. Da aber noch Freizügigkeit besteht, haben unsere Kollegen sich daran nicht gehalten, haben am gleichen Abend die Arbeit eingestellt. Die Direktion zum Anlaß ihre sämtlichen Kollegen auszusperrten, und sie hat den ausgesperrten die auferlegt, dafür zu sorgen, daß die Lackierer in den Betrieb zurückkehren. Weil die Direktion wohl selbst, daß dazu die übrige Arbeiterschaft kaum in der Lage hat man noch zu einem weiteren Mittel gegriffen. Kollegen wurden sofort von der Norddeutschen Kammer eingestellt; diese gehört mit ihrem Betrieb dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe und erfüllt die Bedingungen unseres Reichstarifvertrages. Der Gesamtbetrieb gehört aber dem Industrieverband. Diese Organisation hat nun den benannten Betriebszwängen, die neu eingestellten Lackierer sofort wieder entlassen. Wenn man glaubt, dadurch unsere Kollegen auszuhungern, so hat man sich doch sehr getäuscht. Kollegen haben sich eine Wochenkarte gelöst und gehen jetzt außerhalb wo sie noch einen höheren Stundenlohn bekommen als hier und die Malermeister freuen sich, erfahrene, tüchtige Gehilfen zu bekommen. Wir stellen Berichte der bürgerlichen Presse entgegen, haben wir bereits in der Arbeiterpresse richtiggestellt, unsere Kollegen überhaupt keine Forderungen gestellt haben, somit auch keine Lohnverhandlungen mit Kollegen, geschweige mit unserer Organisation geführt haben. Unsere Kollegen, die das Malergewerbe gelernt haben, sind durch die mitleidige Lage des Malergewerbes gezwungen, gemein, sich zeitweise in der Industrie Beschäftigung zu suchen, obgleich ihnen diese recht oft nicht zusagt. Nachdem die Verhältnisse im Malergewerbe sich etwas gebessert haben, konnte der langem gehegte Wunsch in Erfüllung gehen, und sie zu ihrem erlernten Beruf zurück. Dieses glauben wir, die schon wieder Oberwasser fühlen, unsere Kollegen verweigern zu können, und weil ihnen dieser so ohne weiteres gelingt, schmeißen sie über 200 Kollegen auf die Straße.

Lohnbewegungen.

Lohnverhandlungen für die Provinz Schlesien. Das Lohnabkommen vom November vorigen Jahres mit Ende Februar abgelaufen war, hatten wir neue Verhandlungen beantragt. Diese fanden nunmehr 4. März in Breslau statt. Die Forderungen der Kollegen bewegten sich zwischen 40 und 60 %. Entschloß sich die Verhandlungskommission, allgemeine Lohnhöhung zu fordern. Auch hier bestritten die Arbeitgeber die Notwendigkeit einer Lohnhöhung, weil ja nach ihrer Auffassung eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung seit November vorigen Jahres eingetreten sei. Ebenso wurden, wie immer, alle Bedenken vorgetragen, wonach schließlich die Aufträge für Malerarbeiten ihre Aufträge zurückziehen, weil der Lohn zu hoch sei usw.

Nach stundenlangem Hin- und Her erklärten die Arbeitgeber sich dann bereit, wie im Reich auch für eine Lohnhöhung von 20 % zugestehen. Und dieses Zugeständnis nicht befriedigen, weil die Kollegen die Orte Schlesiens gegenüber den andern Bezirken des Reichs zurückgeblieben sind und wir es endlich mal Zeit hatten — wie ja auch die Kollegen allerorts Nachdruck verlangten —, daß der notwendige Lohn nun vorgenommen wird. Deshalb kam nach weitergehender Verhandlung endlich ein Vorschlag zustande vom 14. März an alle Löhne um 20 % erhöht werden dann auf die so errechneten Löhne eine weitere

pro Stunde vom 26. April an gewährt werden. Der Vorschlag nahm dann die Vertreter der entzogen und versprochen, mit ihren Mandatärn zu beraten. — Die Annahme obiger Verträge ist nun erfolgt, sie gilt bis zum 26. Juni 1925.

Aus unserm Beruf.

Die gutbesuchte Mitgliederversammlung vom Vortage des neugewählten Kollegiums Anderten des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, unter Hervorhebung dessen, was er als führender Gewerkschafter getan habe, sowie auf der Rede Minister Stein verunglückten brachten durch Erheben von den Eigen. Sodann erstattete Kollege Vogt, Leipzig, Bericht von Lohnverhandlung, mit dem er eine zahlenmäßige Übersicht der Entwicklung unserer Löhne seit der Wählung verknüpfte. Außerdem wurden finanzielle Fragen behandelt und unterstrichen, daß wir in seiner alten Fassung unverändert weitergeführt werden. In der sehr sachlichen Rede wurde lediglich die zu lange Befristung des Abkommens bemängelt. Die Bedenken trugen im Hintergrunde, nachdem nochmals die Klausel sprach, die uns vor Eventualitäten schützt, erheben war. Sodann wurde die Beitragsanpassung an die neuen Löhne vorgelegt. Die Vorschläge des Vorstandes bezüglich der Beiträge wurden gutgeheißen, die Versammlung nur, entgegen dem Vorschlage der Filiale die neuen Beiträge anstatt vom 1. April der ersten Beitragswoche an in Kraft treten. Das Ganze wurde gegen 3 Stimmen angelehnt. In rascher und glatter Aufeinanderfolge wurden schließliche Angelegenheiten erledigt und zugunsten für das Anfang April erscheinende Fachzeitschrift Propaganda zu machen. Gegen 9 Uhr Vortage die recht fruchtbar und harmonisch Versammlung schließen. Ein guter Ausblick in die Wiederaufbauzeit!

Am 4. März nahm eine Versammlung Arbeitsgruppe der Maler Stellung zu dem neuen Lohn. Kollege Zorn führte dazu aus, daß das neue abgelaufene Lohnabkommen die Klausel enthält, die Reichsminister auf das Hunderttausend über der Vorkriegszeit steigt, bereits zu einem neuen Lohnverhandlungen gefordert werden. Diese Steigerung ist nicht eingetreten. So die Unternehmer auch berechtigt zu sein, eine Lohnsenkung abzulehnen. Von unsern Vorkriegszeiten mit Nachdruck auf die Unzulänglichkeit der Vorkriegszeit, verwiesen. Das Hauptanliegen nach längeren Beratungen folgenden Schiedsgericht für Hamburg beträgt für Maler 120 M. pro Woche vom 1. April an 125 M.; für Lackierer 1,10 M. Der neue Lohnsatz einwöchiger Malergehilfen selbstverständlich nicht sorgen; die Forderung steigt trotz des Reichsminister unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet auf einen bemerkenswerten Erfolg der Organisation abzutreten, viel denjenigen Kollegen, die schließliche Meinung beschließmächtig nach den Vorkriegszeiten einstellen, schwer. In einer Vorkriegszeit für die Woche vom 29. März bis 5. April eine Versammlung, die neue Lohnforderungen. Nebenbei redeten sie viele und längst bekanntheit mit dem Thema rein nichts zu tun hatten. Die Vorkriegszeit, die Unzulänglichkeit der Vorkriegszeit zum Hinscheiden Friedrich Ebert, zwang ihn der aufwallende Born der Vorkriegszeit. Mit überwältigender Mehrheit Versammlung eine Entschließung an, die lautete: Die Versammlung erkennt an, daß die Verhandlungen die Interessen der Kollegenschaft nach den und den Zeitverhältnissen einigermaßen tragend, vertreten hat. Sie beauftragt die Organisation, auf dem Posten zu sein und sofort neue einzuleiten, wenn es die Umstände erfordern. Bei der Behandlung der Verbandsangelegenheiten Kollege Zorn auf die Notwendigkeit eifriger in, zur weiteren Stärkung des Verbandes. Die Organisation, die allgemeine erste Buchkontrolle es in der Woche vom 22. bis 28. März durch. Die im Herbst vergangenen Jahres schon von der Vertreterversammlung bis 1. März die Beitragsregelung wird nunmehr entsprechend den Löhnen vom 15. März an erfolgen. Das ist am ersten Ostertage verspricht eine einwöchige Veranstaltung zu werden.

Burg. (Zahlstellenkonferenz.) Für März, hatte die Filialverwaltung eine Zahlstellenkonferenz, die von allen Orten, mit Ausnahme Quedlinburg, besetzt war. Anwesend war Kollege der Bezirksleitung der Kollege Franz Halberstadt. Zuerst wurde des Ablebens des baltischen Reichspräsidenten ehrend gedacht, besonders des verstorbenen Kollegen Gorn. Den Bericht erstattete Kollege Bisk. Er erklärte, hinsichtlich leider nicht berichten zu können. Er suchte die Ursachen dafür in der schlechten Lage in der Industrie, so daß viele Arbeiter entlassen seien, sowie auch in einigen Branchen. Auch in Magdeburg, im Malergewerbe, die Situation nicht so gut wie in anderen Großstädten. Infolge der langen Krankheit des Gorn habe es am tatkräftigen Eingreifen auch fortgesetzte Anregungen nicht unterlassen. Jetzt sei aber wieder ein Vorkriegsabkommen zu erwarten. Die Durchführung der verschiedenen Angelegenheiten sei ohne größere Schwierigkeiten vor sich zu gehen. Auch jetzt bleibe doch noch manchenlei zu tun übrig. Und da dort auch die Organisationsangelegenheiten ungünstig seien, müßten sich die Kollegen

übergriffe der Unternehmer gefallen lassen. Deshalb müsse die Parole sein: Die Rücken ausgefüllt und angetreten! — In der Diskussion schilderte Kollege Schäfer, Halberstadt, die Schwierigkeiten, die man dort in der Lohnfrage habe, weil Halberstadt nicht zum Reichsstarke gehöre. Es folgten dann Schilderungen der Delegierten aus den einzelnen Orten über Arbeitslosigkeit, Organisations- und Lohnverhältnisse, wobei sich immer wieder zeigte, daß in Zahlstellen mit guter Organisation alles glatt geht. Sodann erstattete Bezirksleiter Kollege Vogt ein Referat über die Lohn- und Tariffragen, Organisations- und Agitationsangelegenheiten viel Aufklärung verschaffte. Auch hierzu war die Diskussion sehr reichlich. Nachdem sich noch Kollege Bisk über eine sofort einsetzende systematische Agitation ausgesprochen hatte, erfolgte die einstimmige Annahme der Anpassung der Beiträge nach den neuen Löhnen vom 1. April an nach den Vorschlägen des Filialvorstandes. Zum Schluß versprach noch Kollege Schäfer, Halberstadt, die tatkräftigste Unterstützung der Magdeburger Zahlstellen, soweit sie näher an Halberstadt als an Magdeburg liegen, bei der kommenden Frühjahrstagung. Unter Punkt „Mitteilungen“ wurde unter anderem das neu erscheinende Fachblatt der Maler begrüßt und betont, daß schon an den verschiedensten Orten reichliche Abonnements abgeschlossen vorliegen.

Tilfit. (Eine nicht zu empfehlende Firma.) Die Firma Horlich & Wittelkeit sucht in der Tilfiter „Allgemeinen Zeitung“ junge, talentierte Malergehilfen, die Interesse für ihren Beruf haben und sich weiter ausbilden wollen. Was in der Anzeige nicht steht, ist, daß sie auch möglichst „billig“ arbeiten sollen. Unsere Kollegen sind außerordentlich erstaunt, nachdem feststeht, daß gerade bei dieser Firma die Ausbildungsergebnisse für Lehrlinge sehr schlecht sind. Ist es doch schon vorgekommen, daß die Lehrlinge dieser Firma nachlernen mußten, um die Gesellenprüfung bestehen zu können, da sie nach der Lehrzeit noch nicht in der Lage waren, einen Strich zu ziehen. Und jetzt auf einmal talentierte Malergehilfen, die sich weiter ausbilden wollen, das muß doch wohl einen besonderen Grund haben. Hören wir, was Herr Horlich einem Kollegen, der Lust hatte, in Arbeit zu treten, mitteilte. „Wenn sie Lust und Liebe zum Geschäft haben, können sie anfangen, doch der Verband und Tariflohn gehen mich nichts an. Ich zahle jungen Leuten nur nach Leistung.“ Der Achtstundentag ist für ihn nicht maßgebend, achtstündige Arbeitszeit hält er für notwendig, damit die Gehilfen mehr verdienen; denn würde nur 8 Stunden gearbeitet, dann müßten doch davon auch 2 bis 3 Stunden für die Firma gearbeitet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich in diesem Falle um einen Kollegen handelt, der schon längere Jahre im Geschäft tätig ist, im Auslande war, auch schon einmal längere Zeit bei der Firma Horlich & Wittelkeit in Arbeit stand, so daß man über seine Fähigkeiten sehr gut unterrichtet war. Es ist zu verstehen, daß der Kollege nicht auf das verlockende Angebot der Firma eingegangen ist, da es keinem Kollegen zugemutet werden kann, unter solchen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Hoffentlich ziehen die Tilfiter Kollegen aus dem Verhalten der Firma S. & W. die richtige Lehre; denn gegen solche Auswüchse und Ueberhebung kann man sich nur schützen durch festes Zusammenstehen in unserer Organisation. Solidarität heißt das Zauberwort, an dem auch die Akturen solcher Meister zusehen werden.

Zahlstellenkonferenz im Filialgebiet Dresden (Ostfachsen).

Nach einem ehrenvollen Nachruf des Vorsitzenden für den verstorbenen Kollegen Rinke, Hachwitz, ehrte die Versammlung das Andenken des Verstorbenen. Sodann wurde des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert gedacht. Mit Fähigkeit und Energie hatte er sich das Wissen angeeignet, das diesen, aus dem Volke hervorgegangenen Arbeiter zum Führer eines Volkes machte. Heute gelten noch die Worte Schillers aus dem Wallenstein: „Von der Parteien Haß und Günst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Einer späteren, gerechteren Würdigung seiner Verdienste um das deutsche Volk bleibt es vorbehalten, auch bei seinen Gegnern den Eindruck zu erwecken, daß dieser Sohn des Volkes den richtigen Weg gegangen ist. Sein Andenken wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Dem gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht fügte Jepschmann hinzu: Trotz der starken Kreditnot, unter der das Wirtschaftsleben bei Einsetzen unserer Konjunktur zu leiden hätte, sei festzustellen, daß wir in der Beschäftigung ein gutes Jahr hinter uns haben. Jedoch hat die Unübersichtlichkeit des Wirtschaftslebens nicht das notwendige Vertrauen zur Organisation herbeigeführt. Noch immer zeigen sich die Auswirkungen der verflochtenen Glanzperiode, die wohl erst restlos mit der zunehmenden wirtschaftlichen Gefundung ganz überwunden werden können. Wirtschaftspolitisch sei die Arbeiterklasse schweren Belastungen ausgesetzt. Der zersplitterten Front der Arbeiter steht die geschlossene Einheit der Unternehmer gegenüber. Das sei am deutlichsten bei den zweimaligen Reichstagswahlen hervorgetreten. Gegenüber den Angriffen auf den Achtstundentag haben wir uns voll behauptet. Ueberall sei die Achtundvierzigstundentage tariflich erhalten. Alle Macht ist jetzt anzuwenden, um eine bessere gesetzliche Grundlage für den Achtstundentag zu schaffen. Alle Verschlechterungen in der Lohngestaltung seien abgewehrt. Gegenüber dem Jahresendlohn von 1923 haben wir ein Mehr von 23 % pro Stunde zu verzeichnen, während andererseits noch Verufe vorhanden sind, die den Lohnabbau nicht ausgeglichen haben. Alle Anschläge auf Verschlechterung des Tarifvertrages sind abgewehrt. Strengste Durchführung des Vertrages sei darum die Pflicht aller Kollegen. Die bisherigen Errungenschaften können erweitert werden, wenn die Reihen weiter gestärkt und mit der alten Liebe zu unserer Sache praktische Arbeit geleistet wird. Vertrauen zur Organisation erweitern und befestigen, dann geht es weiter vorwärts. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Spranger. 23 658,44 M. Einnahme stehen 47 974,04 M. Ausgabe gegenüber. Nach Erklärungen verschiedener Einzelheiten wurde

als Hauptaufgabe die weitere finanzielle Stärkung hervorgehoben.

Nach dem von Fridmann erstatteten Revisionsbericht und dem Antrag auf Erteilung der Entlastung folgte eine eingehende Aussprache, und es wurde die Entlastung einstimmig beschlossen. Einstimmig erfolgte auch die Wahl des Filialvorstandes. Sodann hielt Kollege Vogt - Leipzig einen Vortrag über Tarifvertrag und innere Organisationsfragen, dem eine längere Aussprache folgte. Besonders wurde die Beitrags-, Unterstützungs- und Verschmelzungsfrage behandelt. Gegen eine Stimme wurde von der 14. Woche an eine weitere Beitragserhöhung beschlossen. Ein Antrag auf Wiedereinführung der Krankenunterstützung soll dem diesjährigen Verbandstag überwiesen werden. Ueber die Verschmelzung findet eine Abstimmung statt.

Kollege Jepschmann stellte in seinen Ausführungen über Maßnahmen zur Agitation folgende Richtlinien auf: 1. Ueberall gute Werkstattvertretung. 2. Straffe Durchführung der Hauskassierung. 3. Ununterbrochene Nachhilfe durch Werkstatt- und Hausagitation. 4. Regelmäßige Zusammenkünfte. Die Notwendigkeit weiterer durchgreifender gewerkschaftlicher Arbeit zur Abwehr von Verschlechterungen auf steuerlichem und sozialpolitischem Gebiet wurde allgemein anerkannt und ausgesprochen, daß die Mithilfe aller Kollegen dringendes Erfordernis sei.

Im Schlußwort konnte der Vorsitzende auf den guten Geist der Konferenz und die durchaus sachlich geführten Beratungen hinweisen. Alle Kollegen trennten sich mit dem Gefühl, daß diesmal wirklich nutzbringende Arbeit im Interesse der Kollegenschaft geleistet sei. Nicht vertreten war die Zahlstelle Dommitzsch.

Eingelandt.

In der Nummer 3 des „Maler“ befindet sich ein Bericht des Kollegen Streine als Sekretär der internationalen Organisation unseres Berufes.

Der Bericht führt die verschiedenen Länder auf, die Beziehungen zum internationalen Sekretariat unterhalten. Weiter kommt darin zum Ausdruck, daß seit dem Jahre 1920 ein Mitteilungsblatt in deutscher Sprache herausgegeben wird, das von jetzt an auch in englischer Sprache erscheinen soll. Es ist ohne weiteres klar, daß diese beiden Mitteilungsblätter vollständig unzulänglich sind, daß weitere Ueberseesetzungen vorgenommen werden müssen. Es kann dies kaum als Idealzustand bezeichnet werden; denn es wird unter unsern Berufskollegen der andern Länder, die Deutsch und Englisch nicht als Nationalsprache haben, wenige geben, die dieses Mitteilungsblatt zu lesen imstande sind. Darüber hinaus sollen diese Mitteilungsblätter doch nicht nur den Zentralstellen der Länder dienlich sein, sondern selbstverständlich notwendig ist es, daß diese Berichte einem größeren Kreise unserer Kollegen zugänglich gemacht werden müssen, um an der internationalen Lage direkt Anteil zu nehmen, in jeder Beziehung und in ausgiebiger Weise.

Es wäre sehr zu empfehlen, wenn diese Mitteilungsblätter als Beilage der nationalen Berufszeitungen verbreitet werden könnten. Um dies zu erreichen, muß endlich dazu übergegangen werden, daß die berufenen Führer der proletarischen Sache, insbesondere auch unsere internationale Berufsabteilung, sich dem Problem der internationalen Welthilfssprache ganz energisch zuwenden. Sie müssen dafür sorgen, daß eine unparteiische Kommission von Arbeiterführern die Sache prüft und unter Mithilfe von Sachverständigen zur Entscheidung bringt.

Die bisherige Passivität auf diesem Gebiete muß in Aktivität umgewandelt werden. Das Problem der Welthilfssprache hat heute bereits eine Tendenz, die im großen und ganzen als abgeschlossen gelten kann, und es ist ausgeschlossen, daß noch Veränderungen eintreten können, die den jetzigen Stand wesentlich beeinflussen werden.

Das vollkommenste, logische, einfachste, eindeutige und klarste System ist die Welthilfssprache „Ido“, wissenschaftlich verbessertes „Esperanto“, das auf Grund seiner Vorzüge gegenüber andern Systemen sich unbedingt durchsetzen wird. Die Arbeiterklasse muß, will sie der zukünftige Träger alles geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens werden — und das wird sie auf Grund ihrer Prinzipien; denn sie ist naturgemäß die aufsteigende Klasse — auch sich eines Verständigungsmittels bedienen, das alle vorherzusehenden Bedingungen erfüllt.

Dem Fortschritt die Zukunft, der Wissenschaft der Sieg! Darum müssen wir ernsthaft ans Werk gehen, der Menschheit, insbesondere der Arbeiterschaft die Segnungen der Zivilisation dienlich zu machen, um ihrer selbst willen! R. Kändler, Dresden.

Hierzu schreibt uns Kollege Streine: Wer die Verständigung der Völker und vor allem den Fortschritt der internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse will, wird auch als Mittel zu diesem Zweck, die Schaffung und allgemeine Verbreitung einer internationalen Hilfssprache begrüßen. Nach unserer Auffassung ist das Problem selbst jedoch noch nicht so gelöst und die Verbreitung einer Hilfssprache noch nicht so weit gediehen, daß ihre praktische Anwendung für die Lösung der Aufgaben unserer internationalen Berufsorganisation bereits in Betracht käme; auch nicht bei der Herausgabe unserer seit 1911 erscheinenden internationalen Jahresberichte und unseres im dritten Jahrgange herauskommenden „Internationalen Mitteilungsblatt“. Das Jahrbuch dient den Vorständen der angeschlossenen 11 Verbände zur Information über die Tätigkeit des Sekretärs und den Stand der einzelnen Landesorganisationen. Es erscheint von Anfang an auch für die skandinavischen Länder in dänisch und erschien vor dem Kriege auch französisch und englisch. Damit war allen Bedürfnissen gedient; denn in Holland, Serbien und der jetzigen Tschechoslowakei und Ungarn überseht und publiziert man die deutschen Berichte gern, mit Österreich und der Schweiz gibt es sowieso keine Schwierigkeiten. Ebenso verhält es sich mit dem „Internationalen Mitteilungsblatt“. Hierbei handelt es sich lediglich um ein nach Bedarf erscheinendes Korrespondenzorgan für die angeschlossenen und mit uns außerdem sympathisierenden

Verbände und Kollegentreife Der Inhalt des Mitteilungs-

Baugewerbliches.

Die Bauausstellung 1925 in Essen. Eine große Bauausstellung, die dazu beitragen soll, den Baumarkt

Bewerkschaftliches.

Der 1. Mai 1925 als Antikriegstag. Der Ausschub des FVdM hat beschlossen, im Jahre 1925 von einem besonderen

Sozialpolitisches.

Arbeitsmarkt und Auswanderung. Im Reichsarbeitsrat vom 26. Februar unterzucht Ministerialrat Dr. Berger den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Auswanderung.

Monaten feststellen. Wenn man aber die einzelnen Landteile gesondert berücksichtigt, so ergibt sich, daß die größte Auswanderung in der Regel aus Ländern mit der geringsten Erwerbslosigkeit erfolgte.

Genossenschaftliches.

Genossenschaften im Jahre 1924. Im Laufe des Jahres 1924 wurden nach den Anmeldungen bei den Kreisgerichten 3307 Genossenschaften neu gegründet.

Vom Ausland.

Schweiz. Die Frühjahrsbewegungen spitzen sich immer mehr zu, ihr Charakter wird immer schärfer. Bei den Malern und Gipsern scheint nunmehr die Zeit der Entscheidung herangerückt zu sein.

Literarisches.

„Die Gemeinde“ in die Halbmonatschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land und darf bei keinem in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen fehlen.

„Die chronische Darmstörung“, das Grundriss der Naturwissenschaften und deren Einfluss auf die gesamten Körperliche und materielle Existenz.

Veranstaltung

Von manchen Filialen werden uns die Bestellungen auf das neue „Nachblatt“ der Malergewerkschaft zugesandt. Das entspricht nicht unserm Wunsch.

Sterbtafel.

Dresden. Am 9. März starb als 70jährige an seiner Leiden unser treuer Kollege Willy Reihner von 35 Jahren.

Dom 15. bis 21. März ist die 12. Beitrags

Anzeigen

Wir ersuchen um Angabe der Adresse der Malerinnung Joseph Eigensberger der im Spätherbst 1924 bei dem Malermeister

Tüchtige Lachier

sucht durch Arbeitsnachweis Delfauer Waggonfabrik Delfau.

15 bis 20 Malergehilfs

sucht. Maler-Innung Solingen Obermeister Gustav Schäfer d. J., Solingen, Drk

Einen Schriften- und Reklamemal

sucht die Malerei-Gesellschaft Hamburg Bachstraße 155. Lohn nach Vereinbarung